



Erfolgreiche Bilanz :

Sicherheit und Stabilität für Deutschland



Deutschland geht es gut. Die Wirtschaft wächst, die Zahl der Beschäftigten bewegt sich auf Rekordniveau und die Realeinkommen steigen. Wir stehen vor großen Herausforderungen, denen wir aufgrund unserer guten Wirtschaftslage aber zuversichtlich entgegen sehen können. Dass die so gut bleibt, behalten wir im Blick. Dafür haben wir als Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Bundesregierungen unter Angela Merkel die richtigen Weichen gestellt.

Zum ersten Mal seit über 40 Jahren kam der Bund 2014 ohne neue Schulden aus. Mit kluger Wachstumspolitik und unter Verzicht auf Steuererhöhungen hatte die Unionsfraktion lange darauf hingearbeitet. Beim ausgeglichenen Haushalt soll es bleiben. Damit werden künftige Generationen von Lasten befreit. Die Regierung investiert gleichzeitig in die Zukunft: beispielsweise in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzliche zehn Milliarden Euro in Infrastruktur und Energieeffizienz sowie weitere fünf Milliarden Euro in die Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen. Die Landwirte erzeugen nicht nur Nahrungsmittel, sie leisten auch einen Beitrag zur Bewahrung unserer Kulturlandschaft. Sehr viele deutsche Bauern, insbesondere Milchbauern und Schweinehalter, kämpfen aber um ihr Überleben. Um die Existenz der Höfe zu sichern, hat die Regierung kurzfristige Hilfen in Höhe von mindestens 100 Millionen Euro beschlossen.

Die Flüchtlingsbewegung ist die größte Herausforderung für unser Land seit Jahrzehnten. Auf Drängen der Union hat die Bundesregierung die größte Reform des Asylrechts seit den 1990er Jahren in Kraft gesetzt, um die Zuwanderung besser zu steuern und Fehlanreize für offensichtlich nicht Schutzbedürftige zu verringern. Das neue Integrationsgesetz setzt auf das Prinzip „Fördern und Fordern“. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache lernen und für seinen Lebensunterhalt sorgen, unsere Gesetze achten und unsere Werte anerkennen. Die innere Sicherheit ist für die CDU/CSU-Fraktion eines der Hauptthemen dieser Wahlperiode. Für die Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum fordert die Union mehr Polizeipräsenz und moderne Überwachungstechniken.

Die Zahl der Krisen und Konflikte auf der Welt hat stark zugenommen. Deutschland stellt sich den außen-

politischen Herausforderungen als Mitglied der Europäischen Union, als NATO-Partner und als Teil der westlichen Gemeinschaft. Die Europäische Union sichert für Deutschland Frieden und Wohlstand. Gerade nach der Entscheidung der Briten für einen Brexit müssen wir die EU stärken und ihren Wert für alle Bürger deutlicher machen. Für uns ist Europa unsere Zukunft. In Europa konnten große Herausforderungen immer wieder gemeistert werden, wie zuletzt auch die um den Euro. Jedoch müssen mehr Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Nur mit einer flächendeckend ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und schnellen Breitbandnetzen bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Auf Drängen der Unionsfraktion werden daher weitere Milliarden in Straßen, Schienen und Wasserstraßen investiert. Bis zum Jahre 2018 steigen die Investitionen in die Infrastruktur um rund 40 Prozent gegenüber 2014. Mit einem Förderprogramm ebenfalls in Milliardenhöhe leistet der Bund erstmalig einen erheblichen Beitrag zum Breitbandausbau. Der ländliche Raum und die Gewerbegebiete sollen an schnelle Glasfasernetze angeschlossen werden.

Die Unionsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Rente auch für künftige Generationen auskömmlich bleibt. Darüber hinaus will sie Betriebsrenten und private Vorsorge fördern. Familien sollen ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Das neue Elterngeld Plus bietet Eltern noch mehr Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem fördert der Bund den Kita-Ausbau seit 2008 mit rund sechs Milliarden Euro. Auch Kindergeld und Kinderzuschlag wurden erhöht. Diese erfolgreiche Arbeit werden wir fortsetzen!

Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Fracking	Seite 3
Brexit	Seite 4
Wir sind für Sie da!	Seite 4



Neues aus dem Bundestag

Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts.

In 1. Lesung legten wir unsere Vorstellungen zur Reform des Mutterschutzrechts dar. Neue gesundheitswissenschaftliche Erkenntnisse sowie gesellschaftliche Entwicklungen sollen dabei berücksichtigt werden. Leitender Gedanke der Neuregelung ist, eine verantwortungsvolle Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz für eine schwangere oder stillende Frau und ihrem (ungeborenen) Kind einerseits und der selbstbestimmten Entscheidung der Frau über ihre Erwerbstätigkeit und ihre Ausbildung andererseits sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund haben wir etwa flexibel nutzbare Regelungen für Schülerinnen und Studentinnen durchgesetzt und das Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot zeitgemäß ausgestaltet.

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau. In ihrer Regierungserklärung am Donnerstag hat die Bundeskanzlerin einen Ausblick auf den Ende dieser Woche stattfindenden NATO-Gipfel in Warschau gegeben, der in einer Zeit großer sicherheitspolitischer Herausforderungen stattfindet.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung. Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen werden. Künftig reicht es aus, wenn der Täter sich über den erkennbaren Willen des Opfers hinwegsetzt. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Integrationsgesetz. Ebenfalls in 2./3. Lesung stellten wir klar, wie anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive in der Integration gefördert und gefordert werden sollen. Wir wollen Flüchtlingen etwa den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen eindeutig geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen, wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Mit der Regelung einer befristeten Wohnortzuweisung versetzen wir Länder und Kommunen in die Lage, die Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern und positiv auf die Integration in der Fläche einwirken zu können. Sie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft.



Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG). In 2./3. Lesung setzten wir die Kostenreduzierungsrichtlinie der EU in nationales Recht um und treiben damit den Breitbandausbau voran. Wir erleichtern es Telekommunikationsnetzbetreibern, bislang ungenutzte öffentliche Versorgungsnetze, etwa für Gas, Elektrizität oder Fernwärme, für den Breitbandausbau zu nutzen. Bei Neubaumaßnahmen oder Renovierungen bestehender Gebäude sollen Leerrohre, die für eine Belegung mit Glasfasern geeignet sind, mitverlegt werden. Dadurch minimieren wir den Aufwand für die Verlegung neuer Leitungen und senken so die Ausbaurkosten. Eine zentrale Informationsstelle bei der Bundesnetzagentur soll dabei die Transparenz über mitnutzbare bestehende und geplante Infrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze erhöhen.

Gesetz zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2016). Wir stellten in 2./3. Lesung das Fördersystem für erneuerbare Energien schrittweise auf Ausschreibungen um. Durch die Einführung eines wettbewerblichen Systems integrieren wir die erneuerbaren Energien dabei besser in den Markt und senken die Kosten für deren Ausbau.

Änderung des Bundesjagdgesetzes. Wir änderten das Bundesjagdgesetz in 2./3. Lesung, um insbesondere die Ermächtigungsgrundlage zur Änderung der Bundeswildschutzverordnung zu erweitern. Die bisherige Formulierung war nicht ausreichend, um hier die Vorgaben der EU-Umweltrichtlinie vorzunehmen. Ebenfalls erfolgt eine Klarstellung der Regelungen zur Nutzung von halbautomatischen Waffen bei der Jagd.

Fracking: Landesregierung jetzt am Zug

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) sieht den aktuellen Entwurf für das sogenannte „Fracking-Gesetz“ kritisch in Bezug auf die Arbeitsplätze in der heimischen Bohrservice-Branche. Anders als die ersten Verlautbarungen von Celles Oberbürgermeister Mende und Bundestagskollegin Lühmann (beide SPD) hält Henning Otte das Gesetz nachteilig für Celles Wirtschaft. Insgesamt handele es sich um eine Wischiwaschi-Regelung mit umweltrechtlichen Verschärfungen bei allen Arten von Erdöl/-gasbohrungen und einem unbefristeten Verbot von unkonventionellem Fracking. Die Bundesländer können jedoch davon abweichen und insgesamt bis zu vier Probebohrungen zulassen. Der Bund habe die Möglichkeit, aufgrund der dadurch gewonnenen Kenntnisse das Verbot im Jahre 2021 noch einmal zu überprüfen. „Ich halte es allerdings für höchst unseriös, wenn der OB und Frau Lühmann bereits am Dienstagmittag vor Beratung und Bekanntgabe des Gesetzentwurfs – losgelöst von der Faktenlage – in der Presse eine „Hurra-Meldung“ für die heimische Wirtschaft herausgeben.

Henning Otte selbst habe der Regelung zugestimmt, da mit ihr im Gegensatz zum Status quo wenigstens vier Bohrungen zugelassen werden. Er hat jedoch vor der Entscheidung im Bundestag eine persönliche Erklärung abgegeben, dass vier Probebohrungen nicht ausreichen, um die technologische Entwicklung wirklich voranzutreiben.

Henning Otte erläutert, dass mit einer Probebohrung hohe wirtschaftliche Kosten verbunden seien. Bei einem grundsätzlichen Verbot des unkonventionellen Frackings gebe es kaum eine Veranlassung, diese Technik auf eigenes Risiko voranzutreiben, auch wenn 90



Gemeinsam mit dem Kandidaten für den Celler Oberbürgermeister, Dr. Jörg Nigge (r.) sprach Henning Otte mit dem Berichtersteller der Fraktion für das Frackinggesetz, Karsten Möring. Foto: Flasche

Prozent der Reserven in Deutschland nur über dieses Verfahren zu erreichen sind. Damit begeben man sich in noch höhere Abhängigkeit von Russland.

Otte fordert die Landesregierung auf, wissenschaftlich begleitete Probebohrungen unter höchsten Umweltauflagen zuzulassen. „Die Landesregierung muss mit ihrer Ankündigung letzter Woche Wort halten! Die Celler Bohrservice-Branche darf jetzt nicht im Regen stehen gelassen werden.“ Das Land müsse die Bohrungen als Zukunftssicherung fördern oder finanzieren.

Zukunft der Bundespolizei am Hainberg

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) freut sich, dass nun die Entscheidung für eine Sanierung der Schießbahnen der Bundespolizei am Hainberg getroffen wurde. Auf seine Nachfrage beim Bundesinnenministerium hin wurde ihm bestätigt, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Eigentümer für den Bund eine Sanierung grundsätzlich geklärt und den Zeitplan abgestimmt hat. So habe die BImA anerkannt, dass eine zügige, vollumfängliche Sanierung der Standortschießanlage notwendig sei, damit die dort stationierten Polizisten trainieren können. Aktuell stehen nur noch die letzten mietvertraglichen Fragen zwischen der BImA als Vermieterin und der Bundespolizei aus. Dies werde jedoch eher als Formalie gesehen und nicht als Hindernis.

Im Einzelnen werde laut Otte eine Sanierung des Kurzwaffenschießstandes (Typ D) mit einer Bauzeit von rund drei Monaten angesetzt. Für den Kurz- und Langwaffenschießstand (Typ A) sei eine Bauzeit von etwa einem Jahr vorgesehen. Somit rechnete man gegenwärtig damit, dass nach etwa einjähriger Bauzeit die Standort-

schießanlage im Jahre 2017 wieder uneingeschränkt in Betrieb gehen könne. In der Zwischenzeit stünden der Bundespolizeiabteilung Uelzen alternative regionale Schießstätten zur Verfügung.

Henning Otte betont, wie wichtig diese Sanierungsmaßnahme ist, da in den nächsten Monaten die Bedeutung des Standortes Hainberg noch zunehmen wird. Hier wird eine „Beweis- und Festnahmeeinheit plus“ (BFE +) der Bundespolizei stationiert. Damit gehe sowohl ein Zunahme der Personalstärke einher, als auch ein Bedeutungszuwachs für Uelzen, da es sich hierbei um eine neue Eliteeinheit handele. Sie schließe die Fähigkeitslücke zwischen der Bundesbereitschaftspolizei und der GSG 9. „Neben dieser Neustationierung dieser Bundespolizeieinheit ist die volle Sanierung der Schießstände eine sehr gute Nachricht, um den Standort Hainberg nachhaltig zu stärken. Die Investitionen festigen die Zukunftsfähigkeit und erleichtern den Übungsbetrieb“, so Henning Otte, der im letzten Jahr die Standortschießanlage zusammen mit Axel Kunze, Vorstandsmitglied der BImA, besichtigt hatte.

Europa muss zusammenhalten

In dieser Woche spielte das Thema Großbritannien und Europa wieder eine große Rolle. Wir respektieren die Entscheidung des britischen Volkes für den Austritt seines Landes aus der Europäischen Union. Gleichwohl ist sie ein Einschnitt für den europäischen Einigungsprozess. Mit den bitteren Konsequenzen, die die Volksabstimmung für Großbritannien haben kann, lassen die Anführer der „Brexit“-Kampagne nun vor allem die junge Generation alleine, die in überwiegender Mehrheit – aber leider mit zu geringer Wahlbeteiligung – für den Verbleib ihres Landes in Europa gestimmt hat. Ganz Europa kann nun sehen, was geschieht, wenn Vereinfacher und Populisten zum Zuge kommen.

Es liegt jetzt zunächst einmal an Großbritannien selbst, wie es seine zukünftigen Beziehungen zur Europäischen Union gestalten möchte. Für das weitere Verhältnis der Europäischen Union zu Großbritannien steht aber ebenso fest, dass es bis zur Stellung des Austrittsantrages keine informellen oder formellen Verhandlungen geben kann. Fakt ist auch, dass das Land nach seinem Austritt nur dann Zugang zum Binnenmarkt erhalten kann, wenn es sich seinerseits zu einem freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr verpflichtet. Im Übrigen wird Großbritannien ein wichtiger Partner für die Europäische Union und Deutschland bleiben, mit dem wir weiterhin eng in der NATO, bei G7 aber auch bei G20 zusammenarbeiten werden.

Die Bundeskanzlerin hat auf dem Europäischen Rat vom 28. bis 29. Juni mit die Weichen dafür gestellt, dass auch ein Europa der 27 die Herausforderungen des 21. Jahrhundert erfolgreich meistern kann. Im Fokus der Anstrengungen stehen der Wohlstand und die Sicherheit der Menschen in Europa. Wir müssen uns deshalb gemeinsam für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Hier muss vor allem die immer noch



Die Europafahne auf dem Berliner Reichstagsgebäude. Foto: Deutscher Bundestag/Sylvia Bohn

viel zu hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden, die uns gerade mit Blick auf einige südeuropäische EU-Staaten bedrückt. Genauso müssen wir uns der außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen stellen, die die globalen Flüchtlingsbewegungen mit sich bringen. In der Europäischen Union müssen wir uns um diese großen Fragen kümmern, auf die nur ein geeinter Kontinent angemessene Antworten geben kann. Viele andere Fragen können die Mitgliedstaaten aber besser selber lösen und regeln. Hierfür stehen CDU und CSU als Europaparteien seit jeher ein.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Dr. Svend Moeller



Sophie von Magnis



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB

